

Biebricher Tagespost

Biebricher Neuere Nachrichten.

Biebricher Zeitung.

Biebricher Lokal-Anzeiger.

Abgabe täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: durch die Postämter für ein Jahr 1 Mk. monatlich 8 Pfennig, für 6 Nummern 40 Pfennig. Wegen Postweges nähert sich jedem Postamt.

Biebricher Tagblatt.
Amtliches Organ der Stadt Biebrich

Abgabe täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: durch die Postämter für ein Jahr 1 Mk. monatlich 8 Pfennig, für 6 Nummern 40 Pfennig. Wegen Postweges nähert sich jedem Postamt.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmannsche Buchdruckerei.

Sternsprecher 41. — Redaktion und Expedition: Biebrich, Rathausstraße 16.

Nr 800

Dienstag, den 24. Dezember 1918.

Postfach 10114

57. Jahrgang.

Tages-Rundschau.

Die Besetzung

Koblenz. Ungefähr 5000 Mann französisch-marokkanische Truppen trafen Freitag mit mehreren Personenzug- und Güterzügen ein. Um 3 Uhr fand vor dem Schloß in Anwesenheit einer großen Anzahl höherer amerikanischer und französischer Offiziere eine Parade statt. Die Musik spielte vorher die amerikanische Symphonie und die Marschmusik. Die Truppen rückten dann weiter.

Speyer. Der Vertreter der deutschen Regierung hat an den Vorsitzenden der internationalen Besatzungskommission folgende Note gerichtet: In Berlin sind Nachrichten eingelaufen, wonach die Sperrung zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland aufgehoben sein soll. Auftragsgemäß bitte ich um Aufklärung.

Der Eisenbahnverkehr im unbesetzten Deutschland. Infolge der durch den Besatzungsvertrag gebotenen Abklärung der gewaltigen Menge rollenden Eisenbahnmateriale wird der Personenverkehr im unbesetzten Deutschland äußersten Beschränkungen unterworfen. Es steht noch nicht fest, ob er nicht überhaupt eine Zeitlang still gestellt werden muß. Im Berliner Eisenbahnministerium hofft man insofern, das Schlimmste verhüten zu können.

Die Wahlrecht im besetzten Gebiet.

Im Berlin, 23. Dezember. Der Gesandte v. Janiet übergab am 21. Dezember in Speyer folgende deutsche Note:

„Unter nochmaligem Hinweis auf die außerordentliche politische Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung bitte ich im Auftrage der deutschen Regierung, daß in die Vorbereitung und in die Vornahme der Wahlen, insbesondere auch in die Wahl- und Versammlungsfreiheit keine Eingriffe getan werden, sowie daß geklärt werde, daß die erforderliche Berichtstattung der Verwaltungsbörden über die Wahlvorbereitung und die Vornahme der Wahlen ungehindert geschehen soll. Da die Wahlen schon im Januar stattfinden sollen, wäre die deutsche Regierung für die Befriedigung der erforderlichen Anordnungen dankbar.“

gez. v. Janiet.

Berlin. Nach einer Meldung der B. Z. soll Kriegsminister General Schuch zurückgetreten sein. Der Grund sei in Zusammenstoß mit dem Reichsminister der B. Z. zu suchen.

Sindenburg und Oraner Meiden im Amt. Die Verhandlungen zwischen der Obersten Herrschaft und der Reichsregierung haben zu dem Einverständnis geführt, daß Sindenburg und Oraner in ihren Ämtern verbleiben.

Berlin. General der Kavallerie von der Marwitz, Oberbefehlshaber der 3. Armee, ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs zur Disposition gestellt worden. Georg von der Marwitz war bei Ausbruch des Krieges Generalinspekteur der Kavallerie, im Weltkrieg hat er sich unverwundlichen Ruhm erworben, und sein Name ist in ganz Deutschland bekannt geworden. Als Führer eines Kavalleriekorps gelang es ihm, den Vormarsch unseres Heeres im Westen zu verlangsamen, als Kommandeur des Reiterkorps rettete er Linien vor den Russen, und bei der Frühjahrsoffensive im Sommer 1918 führte er den linken Vorstoß nach hinten; auch bei den letzten Vorkämpfen hat seine Armee sich voll bewährt.

Berlin. Herr v. Bogum, der Oberpräsident von Westpreußen, hat sein Amt niedergelegt.

Der neue Generalstab der Armee.

Berlin. Die Aufgabe des bisherigen Generalstabes der Armee und Chef des Hauptquartiers von Schiering ist der Direktor des Sanitätsdepartements des Kriegsministeriums Generalmajor Dr. Schulten mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Generalstabes der Armee und Chef des Sanitätscorps und Direktor der Kaiser-Wilhelm-Akademie unter Beibehaltung seiner bisherigen Dienststelle beauftragt worden. Generalmajor Dr. Schulten ist geboren am 1. November 1863 zu Gostlar als Sohn des Prof. Dr. Schulten.

Erklärung des Kirchenaustrittes.

In Kürze wird, wie die „Freiheit“ meldet, eine Verfügung des preussischen Justizministers ergehen, welche zwei Befreiungen des Kirchenaustrittes für die Zukunft aufhebt. Bisher bedurfte es einer jährlichen Austrittserklärung mit einer dazwischen liegenden Frist von mehreren Wochen. In Zukunft soll eine einmalige Austrittserklärung genügen. Auch eine materielle Erparnis sieht man, der aus der Kirche Austrittene bisher noch für das laufende Jahr die Kirchensteuer weiter zahlen, so ist das nach der neuen Bestimmung nur noch für das laufende Vierteljahr vorgesehen.

Die Nachschubkräfte der Polen.

„Ezelsflur“ erzählt: Die polnische Mobilisation umfaßt anderthalb Millionen Mann.

Danzig eine vollständig deutsche Stadt.

Die Meldung von der angeblichen Besetzung Danzigs durch die Polen erregte in Korwegen allgemein großes Aufsehen, hat aber anscheinend kaum die bisherigen Sympathien für die Polen gestärkt. Der verhandlungsunfähige polnische Arbeiter von „Altenposten“. Einmal, schreibt unter der Überschrift „Polens Debut“, selber kann man nicht behaupten, daß das Widerstreiten Polens in die Reihe der selbständigen Völker in besonders sympathischer Weise vor sich gegangen sei. Auf allen Fronten führten die Polen eine Politik, die die denkbar offensichtlichste Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker darstellt. Am schlagendsten ist dies gegenüber Deutschland. Danzig ist eine vollständig deutsche Stadt. Deshalb ist Polen nach Billons Regeln vom Meer abgeschnitten. Offenbar wollte Polen sich den Zugang zum Meer erzwingen. Anders ist nicht anzunehmen, daß die Friedenskonferenz einen solchen Bruch der Grundzüge, die durchzuführen werden sollten, gutheißen werde. Polens Verzicht, eine vollständige Teilung zu schaffen, wird deshalb kaum Erfolg haben.

Paris. Der „Temps“ bespricht die Ansicht der „Times“, wonach Danzig bewahrt bleiben soll, denn Polen bedürfte dieser Hafenstadt unbedingt.

Verordnung der ausgetriebenen Kriegsschiffe. Nach einem Telegramm der „Associated Press“ haben, wie ein amerikanischer Bericht meldet, die amerikanischen Delegierten bei der Friedenskonferenz beschlossen: dafür einzutreten, daß die ausgetriebenen Kriegsschiffe

Kriegsschiffe verlegt werden, damit nicht bei ihrer Verteilung Schwierigkeiten entstehen. Sir Eric Geddes soll diesem Plan bereits zugestimmt haben.

London. Am Donnerstag traf von dem amerikanischen Lebensmittellieferanten Hoover, wie das amerikanische Bureau erzählt, ein Telegramm aus Paris ein, in dem erklärt wird, daß die Forderung, die Marshall nach als Bedingung für die Verlängerung des Waffenstillstandes stellt, nämlich daß 2½ Millionen Tonnen Schiffsraum, die in deutschen Häfen liegen, in Gebrauch genommen werden, nicht in Hoovers Namen gestellt wurde, wie es in dem deutschen Bericht über die Verhandlungen heißt, sondern im Namen der Alliierten unter den von ihnen angeführten Bedingungen. Nach Informationen des amerikanischen Bureaus läuft der Vorschlag nicht darauf hinaus, die 2½ Millionen Tonnen ausschließlich zur Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zu verwenden, wie man nach dem fraglichen Bericht annehmen könnte, sondern darauf, diesen Schiffsraum unter die Kontrolle der Alliierten mit dem übrigen zu vereinen.

Das Friedensprogramm der Vereinigten Staaten.

Genf. Der „Herald“ meldet aus New York: Das Friedensprogramm der Vereinigten Staaten ist am Dienstag den Mitgliedern des Senatsausschusses im Staatsdepartement bekannt gegeben worden. Die Hauptziele sind: Keine Kriegserklärung für alle Alliierten, Erlass der Schulden nach Abgabe der Billigkeit und Befreiung des Feindes und Ausnahme des Feindes in den Völkerverbund ohne Beschränkungen.

Willens ständige Hilfe nach London.

Meldung des amerikanischen Bureaus: „Daily Chronicle“ brummt zu dem Besuche des Präsidenten Wilson in London: Die Anerkennung in den Köpfen des Präsidenten Wilson sei nicht durch eine plötzliche Notwendigkeit verursacht, die seine Gegenwart in London früher als ursprünglich beabsichtigt war, erlösen würde. Im Gegenteil dazu schreibt der „Manchester Guardian“ dem verstorbenen Besuche Wilsons in London mehr Bedeutung zu. Das Blatt schreibt: Der Präsident will handeln auftreten; die Umstände erlauben ihm dies. Die Nachrichten aus Deutschland zeigen, daß es absolut notwendig ist, die Reduktion mit Lebensmitteln zu versorgen und die Industrien wieder in Gang zu bringen, wenn die Ordnung gewahrt bleiben soll. Wilson ist mit bestimmten politischen Grundgedanken nach Europa gekommen und er ist fest entschlossen, sie bei der Regelung, an der er teilnimmt, durchzuführen. Die Alliierten hätten diese Grundgedanken formell angenommen und die liberale Demokratie, fand unter diesen Bedingungen statt. Wilson hat aber sicher in Berlin seine Widerstände zwischen dieser allgemeinen Annahme und einigen Forderungen, die in verschiedenen Ländern, England nicht ausgenommen, aufgestellt wurden. Lord George hat sich bei der Wahlkampagne an verschiedene Aussagen und Erklärungen gebunden, die mit der einzig zulässigen Aufstellung vom Völkerverbund und mit der letzten Grundidee internationaler Freundschaft nicht leicht zu vereinbaren sind. Es ist Auffassung und eine deutliche Abgrenzung nötig, das gilt für alle alliierten Länder. Wilson ist ein außerordentlich intelligenter Geschäftsmann und wünscht zu wissen, ob der Frieden nach seinen Grundgedanken kommen wird, oder ob die nationalen Einzelinteressen überwiegen werden.

Internationaler Luftverkehr.

Neuer meldet aus London: Der englische Luftfahrtminister Weir erklärte, daß England jetzt Flugzeuge besitzt, die eine Besatzung von sieben Personen und 30 Passagieren transportieren können. Die ersten einer Höhe von 10.000 Fuß und können 1200 Meilen fliegen, bei einer Schnelligkeit von 100 Meilen stündlich. Die Luftfahrt dürfte kein Regierungsmonopol bleiben. Die erste Aufgabe des Ministeriums sei, den Flugdienst zwischen den verschiedenen Ländern zu organisieren. Hierzu sei eine internationale Luftfahrt-Konvention nötig. Die Artikel dieser Konvention seien den Alliierten schon vorgelegt worden. Eine Luftfahrt-Konferenz wird stattfinden und es sei Grund vorhanden, daß die Nationen innerhalb fünf Monaten zur Übereinstimmung kommen würden.

Das Kaiserpaar erkrankt.

Aus dem Haag, 21. Dezember wird gemeldet: Der Kronprinz und die Kaiserin ist erkrankt, daß sie wohl kaum das neue Jahr erleben wird. Sie hatte vor einigen Monaten einen Schlaganfall erlitten, auch machte ihr Herzeiden während der letzten aufregenden Wochen starke Fortschritte, wodurch eine schwere Herzerkrankung hintrat. Der Kaiser ist ebenfalls erkrankt. Seine Krankheit hat sich erheblich verschlechtert, und es besteht die Gefahr, daß es auf das Gehirn übergreift.

Kleine Mitteilungen.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung wird der Volksbeauftragte Philipp Scheidemann für die Reichs-Sozialdemokratie in Hessen-Raffau kandidieren und zwar wird er als erster auf der sozialdemokratischen Wahlzettel erscheinen.

Donnerstag. Streikern ist als erster auf die Liste der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Donnersberg-Kurhildenburg gesetzt worden.

Berlin 21. Dezember. Die „Tribune de Genes“ stellt die Behauptung auf, der Volksbeauftragte Scheidemann hätte bei der damaligen deutschen Regierung die Durchreise für Lenin und seine Begleitung befürwortet. Es sei festgestellt, daß Scheidemann mit der ganzen Angelegenheit nicht das Geringste zu tun gehabt hat.

Der Reichsbund der Kriegsgeldbesitzer. Staatssekretär Böhrer kündigte am Sonntag an, daß der Reichsbund der Kriegsgeldbesitzer von der Regierung anerkannt werde und verpönd eine Anerkennung der Kriegsgeldbesitzer.

München. Wegen der in Bayern herrschenden Kohlennot sieht sich der Demobilisationskommission gezwungen, eine zeitweilige Arbeitsruhe für alle gewerblichen Betriebe mit mehr als zehn Arbeitern vom 23. Dezember bis 1. Januar anzukündigen. Die betroffenen Arbeiter erhalten für den Arbeitsausfall eine Entschädigung von 90% ihres Verdienstes auf Rechnung des Staates bezogen der Reichskasse.

Die deutsche Postzeitung verläßt Spanien. Dem Prinzen Ratibor und dem Gode der deutschen Postzeitung wurden die Pässe ausgetauscht. Sie verlassen Spanien binnen kurzem.

Brüssel, 21. Dezember. Einer Haasemeldung zufolge nahm die Kammer einstimmig die Behauptung an, nach der das Truppenkontingent auf 550.000 Mann in Kriegs- und 100.000 Mann in Friedenszeiten festgelegt wird. Der Sozialist Desportes erklärte, die sozialistische Linke habe diesmal für die Vorlage gestimmt, weil wir uns nach im Kriege befinden, hoffe aber, daß die Dienstzeit im Frieden verkürzt werde.

Paris, 22. Dezember. Javos-Meldung. Präsident Wilson stieg gestern nachmittag dem König von Italien einen Besuch ab. Abends hatte er eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Clemenceau.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Biebrich, den 24. Dezember 1918.

*** Ortskrankenkasse.** Die in der vorigen Woche abgehaltene ordentliche Ausschusssitzung war zahlreich von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besucht. Den Vorsitz führte Herr Dr. Griesentrop. Er hielt insbesondere die aus dem Jahre zurückgebliebenen Mitglieder willkommen und gedachte ehrend der fürs Vaterland Gefallenen. Er wies dann darauf hin, wie auch die Krankenkasse unter der Einwirkung des Krieges stark gelitten habe und ihr große Kosten entstanden sind. Da gelte es, wieder aufzubauen und die Kasse wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Die Verammlung hatte sich zunächst mit dem Antrag des Vorstandes zu beschäftigen, in diesem Jahre von der Aufstellung eines Voranschlages abzusehen. Nach der Begründung, die die Herren A. Maurer und Großer dazu gaben, waren auch die Beamten der Kasse von der Grippe-Epidemie befallen, so daß zeitweilig ein einziger Beamter gerade in dieser Zeit des ganz enorm hohen Krankenstandes die Kassengeschäfte vertrat. Bei diesem Arbeitsanbruch war es nicht möglich, Zeit zu den nötigen Vorarbeiten, Aufnahme von Statistiken und dergl. zu gewinnen. Hinzukommt, daß durch den Rückfluß der aus dem Jahre heimgekehrten Mitglieder sowie durch die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Werkmänner, Betriebsbeamten usw. bis zum Jahresverdienst von 5000 Mark die Unterlagen für den Haushaltsvoranschlag zu unklar sind, daß es unmöglich ist, ein auch nur einigermaßen richtiges Bild über die zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben zu gewinnen. Die Verammlung konnte sich den Gründen nicht verschließen und gab ihre Zustimmung, von der Aufstellung eines Voranschlages abzusehen. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung für das Jahr 1918. Gewählt wurden die Herren Halberstadt und Dommermuth. Dem weiter vorliegenden Antrag, die Dienstordnung dahin abzuändern, daß die Dienststunden vom Vorstand festgelegt werden und ab 1. Januar von 8-1 und 2-6, Samstags von 8-2 Uhr dauern, wird zugestimmt. Herr Großer gab dann nach Aufschluß über die Veränderungen in den Lohnstufen usw., die infolge der Erweiterung des Versicherungskreises eintreten müssen und am 1. Januar in Kraft treten, wenn sie die Genehmigung des Oberverwaltungsamtes Wiesbaden finden. (Die Genehmigung ist inzwischen erteilt worden.) So werden in Zukunft 3 neue Stufen hinzukommen und zwar Stufe 10 mit einem täglichen Lohn von 7.00-8 Mark, wöchentlich Beitrag 2.40 Mark, Kranfengeld 4 bzw. 4.80 Mark, Stufe 11 mit einem Lohn von 8.01-9 Mark, wöchentlich Beitrag 2.70 Mark, Kranfengeld 4.50 bzw. 5.40 Mark, Stufe 12 mit einem Lohn von über 9 Mark, wöchentlich Beitrag 3 Mark, Kranfengeld 5 bzw. 6 Mark. Ein Drittel des Beitrags entfällt auf den Arbeitgeber, auf den Arbeitnehmer. Das Sturgegeld beträgt in der 10. Stufe 160 resp. 224 Mark, in der 11. Stufe 180 resp. 252 Mark, in der 12. Stufe 200 resp. 280 Mark. Wenn der jeweilige ungünstige Krankenstand sich nicht ändert, wird mit einer Erhöhung der Beiträge oder mit einer Ermäßigung der Leistungen der Kasse gerechnet werden müssen. In der sich anschließenden Besprechung gelangten noch verschiedene Anfragen zur Besprechung.

* Auf die heutige Bekanntmachung betr. den Verbleib während der Weihnachtsfeiertage wird besonders hingewiesen.

* **Ausstellung von Vallen.** Zur Fertigstellung der Ausweisarten, die jede Person über 12 Jahre vom 5. Januar 1919 ab bei sich führen muß und durch die alle früheren, von der Stadt ausgeteilten Bescheinigungen hinfällig werden, sind noch ergänzende Angaben notwendig. Zu diesem Zweck muß jeder persönlich sich bei der für ihn in Betracht kommenden Abfertigungsstelle einfinden, für welche in der heutigen Bekanntmachung alles Nähere festgelegt ist. Durch die Einrichtung einer großen Zahl von Abfertigungsstellen und entsprechenden Vorarbeiten ist alles geschaffen, um eine möglichst schnelle Abfertigung zu sichern. Hierzu muß jedoch das Publikum selbst beitragen, indem es sich auf die verlangten Angaben vorbereitet und von allen unnötigen Fragen an die mit der Abfertigung Beauftragten absteht. Wer unbedingt etwas zu fragen hat, kann sich in der Auskunftsstelle Rat holen. Das Mitbringen einer Photographie (ohne Hut) ist im Interesse des Bahnhabers dringend geboten, da er damit am leichtesten Unannehmlichkeiten vermeidet.

* Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 19. Dezember 1918, welche besagt: Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung finden am Sonntag, den 19. Januar 1919 statt. Die Wahlkreise sind zu jeder Manns Einsicht am 30. Dezember auszuliegen. Einsprüche gegen die Wahlkreise sind binnen einer Woche zu erheben; die Wahlkreise sind spätestens am 4. Januar 1919 beim Wahlkommissar einzulegen. Die Wahlkommissare haben die in § 12 der Wahlordnung vom 30. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1353) vorgeschriebene Aufforderung zur Einreichung der Wahlvorläufe sofort zu erteilen. Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt sofort in Wirksamkeit.

* **Ermittlung der Einbrecher, welche den Einbruch in die Unteroffiziersquartiere verübten.** Den eifrigsten und eingehendsten Ermittlungen unserer Kriminalpolizei ist es gelungen, die Täter zu ermitteln, welche kürzlich den Einbruch in die Unteroffiziersquartiere verübten. Als Täter kommen in Frage: der 15-jährige Tagelöhner Herr. Bach, Wiesbadener Straße 103, der 16-jährige Tagelöhner Karl Ranne, Wiesbadener Straße 103, der 16-jährige Schüler Fritz Ranne, Wiesbadener Straße 103, der 16-jährige Schüler Karl Schäfer, Wiesbadener Straße 103, der 16-jährige Schüler Josef Schäfer, Wiesbadener Straße 103. Bei der vorgenannten Hausdurchsuchung wurden verschiedene Sachen, die dem Täter noch vorgefunden, während das gestohlene Brot bereits aufgetischt war. Die jugendlichen und verwegenen Täter trauerten anfänglich, konnten aber doch bald überführt werden und sind nunmehr gefänglich. Sie werden der französischen Kommandantur zugeführt und sehen ihrer Verurteilung durch das französische Kriegsgericht entgegen.

* **Festnahme.** Auf Ersuchen einer auswärtigen Behörde wurde gestern wegen Verdachts des Treibermisbrauches und bestehender Fluchtgefahr ein Arbeiter im Stadteil Waldstraße festgenommen; er wird dem Amtsgericht Wiesbaden zugeführt.

* **Eisenbahnmarb.** Eine Frau aus Wiesbaden ist gelegentlich einer Eisenbahnfahrt in einem Abteil 4. Klasse niederknietend mit Lebensmitteln usw. in der bestehenden Dunkelheit erwischt worden.

Biebricher Tagespost

Der Telegramm des Reiches (Köln) veröffentlicht in der „Köln. Zeitung“ folgenden Text:

Das Deutsche Reich muß sich schwere Tage durchmachen. Bedenken am dem Glücke „des von Berlin“ und unterstützt von einem mittelfeld demokratischen Reich, der zahlreichen bisherigen demokratischen Regierungen innerhalb des Deutschen Reiches wogegen, wird eine Einigung des Deutschen Reiches in der westlichen Republik empfohlen. Die von Republikern sollen zusammen eine große Deutsche Republik bilden. Dieser würden wir wohl sagen: Großpreußen Deutschland.

Ich weiß darüber nur sehr wenig.

Es mag jeder seine Stelle nicht mehr so noch weiter auszu-
bessern, als er es nicht leicht durchzuführen ist und vielleicht erst im
nachdem einem einer Nationalversammlung zu lösen wäre, aber nach-
dem eine Nationalversammlung die großbritische Republik
erst sehr zerschlagen hat. Wenn aber alle Bemühen der einzelnen
Städte eine solche Bewegung fördern, dann muß man den
Rechnung tragen. Die entsprechenden Stellen liegen sich sehr
einrichten, weil hier städtische Stellen treiben, während man in
Berlin offenbar einer Herabsetzungspolitik bedingt. Die Aufgabe
zu beschleunigen Nationalversammlung entscheiden, ob sie einen be-
sonderen Ausschuss bilden wollen, und bezeichnen Jüdisch im Verein
mit der großen Deutschen Nationalversammlung oder, gelöst auf
die hierfür schon bekannten Grundlagen, die Verfassung festzu-
stellen.

In ihm ist eine solche heftige Beunruhigung nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, und die von manchen Seiten beschuldete Gleichgültigkeit des wirtschaftlichen Lebens ist großt nicht zu erweisen. Wenn der Krisenzeit nicht entgegengetreten wird, so kann das Chaos im Reiche aber je weiter, wie es jetzt der Fall ist, desto mehr nach sich ziehen, wenn ruhiger und besser überlegter Gehens nicht mehr einmünden können und dann gar in Kollisionsbewegungen ausbrechen, die heute noch weit abseits liegen werden.

Reich integriert ist das, was der Oberpräsident von Preußen, von Kessel, dazu in der „Allgem. Deutschen Ztg.“ sagt:

Die Verfassungen, Abmachungen von Preußen abzustreifen und zum selbständigen mit Bayern, Baden, Sachsen usw. gleichberechtigten Glied des Deutschen Reiches zu machen, ist als selbstverständlich zu bezeichnen. Sie werden ohne Zweifel bei dem anderen selbständigen preußischen Kultur- und Wirtschaftsgebiete nachbilden finden und dazu führen, daß diese fast alle Kraft von Selbstständigkeit wie die anderen Glieder des Reiches stehen. Nur so kann ein Reichsgebäude entstehen, das unter Wahrung des Charakters der Dezentralisation von den mit der neuen Einordnung unvereinbaren gründlich geordneten Konstitutionsrielen befreit ist; dem Fortleben lebensunfähiger Reichsteile, ebenso wie bei einem Brennstoffkörper in dem Kessel aus den Vorrichtungen preußischen Gesellschaften. Das Reich sollte dann alle Vorarbeiten erledigen und in möglichst lebendiger, ständiger Fühlung mit den Unterthanen ihre Durchführung übernehmen. Die Unterthanen können, wie bisher die Bundesstaaten, nach den Grundsätzen freier, gemeinsamer Selbstverwaltung die Bestimmungen durchzuführen und somit das Reich zu jählich selbständigen Einrichtungen zu treffen.

Über die Größe der Einzelhaaren, sagt Seidert weiter, entscheidet die Zweckmäßigkeitfrage: die Entfaltung sei aber eilig, da für eine Vorbereitung für die Wirt des geplanten Neubaus keine Zeit mehr sei. Das alte Brücken sei tot, sagt Seidert man ganze Arbeit

beihen und den einzelnen Gauen des alten Fiskus die Selbstverwaltung des Güterbesitzes des Reiches verschaffen.

Diebstahl erbrochen, es gelang, den Mann bewußtlos zu machen und die Wertsachen zu entwenden. Der Dieb wurde gefaßt und in die Haft genommen.

Der Norddeutsche Freistaat umfaßt die ganze nördliche Deutsch-
land, begrenzt von der Nordsee bis zur Elbe und Ostsee, am Ber-
gischen und bairischen Grenz entlang bis zum Main und am
zu dem Rhein, den lothringischen, französischen, belgischen und
holländischen Grenzen entlang, unfern. Es wäre eine ungeheuer-
lich, weil fast der Gänze des Freistaats überdacht vom Rhein-
schiffahrt würde. So hätte der Norddeutsche Freistaat in Ein-
den einen Reichsboden und in dem Rhein, dem Rhein-Land-
kanal und der Elbe durchgehende Wasserstraßen, ergäbe sich
ein Nationalfundus und die zu landwirtschaftliche Arbeit. Die Ein-
wohnerzahl betrug etwa 12,5 Millionen.

[illegible][illegible]

Diesen vier Freistaaten fügte sich noch ein Deutsch-Oesterreichlicher Freistaat an. Eine Vergrößerung des süddeutschen Freistaates wäre auf Kosten Württembergs zu erreichen, indem einige bayerische Staaten mit 1,8 Millionen an Einwohnern ...

zu beschaffen, aber auch die Möglichkeit besteht, daß ein Teil der Ernte in andere Länder exportiert werden könnte. Die Regierung hat sich für eine solche Maßnahme entschieden und hat bereits Verhandlungen mit den Nachbarländern begonnen.

Die politischen Verhältnisse würden im Hauptzug mit dem neuen Zentrum, dem Arbeiterfreies im Sozialismus, die Liberalismus getragen werden. Im Sozialismus stünden die Verhältnisse ähnlich liegen. Im Osten könnte die Sozialistische Partei zu einer größeren Bedeutung gelangen, während im Mittel- und Ostdeutschland die Sozialdemokratie als anderen Parteien überlegen bliebe.

Wenn man dann noch den ungünstigen und ver-
bundes Beschickung nach einem kleinen Orte in Rhein-
versteht, so sollte man eine ruhige Gasse, wo, unbefragt
der Gewalt der Straße, der Leitung unserer Gelehrten
Wiederholtes unserer Wissenschaften ernstlich nachzugehen
müssen.

Frei, welcher, welche das Unterbrennen, das unterbrennen, den Handel und andere Einrichtungen, welche den Handel, den Handel als Ganzes betreffen, von einer General, aus fürbren und überbrennen sollen, werden die Generalgebühren, hat oder überbrennen noch immer weiter betreffen.

Nur die eingeladenen der obigen vier Teile des Deutschen Kampfes, die sollte man doch eine Betriebsanweisung unterbreiten in ähnlicher Weise, wie oben vorgeschlagen, erwidern; freizeitlich aber die früheren 26 Eingeklinkten in einen neuen Betriebsanweisung Deutsches mit einbeziehen.

Wenn Rheinland und Belgien den Einzug machen, werden die anderen Staaten bald folgen. Was den jetzigen Zustand müssen wir berast, um auch nach außen wieder erst gekommen zu werden und um zur Selbstbestimmung zu kommen!

Angerweg und Oberste Herrlichkeit

Regierung und Oberste Verwaltung.
Berlin. Nachdem dem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, dem Rat der Volksbeauftragten und der Obersten Verwaltung mit dem Bezug auf die vom Kaiserreich beschlossene Befreiung des belarusschen Offizierscorps, Abstellung der Rangabzeichen usw. ein Kompromiß zustande gekommen. Man hat sich unter dem Gesichtspunkt, daß bei Rückführung der Truppen in die Heimat und die Durchlösung der Bestimmungen des Waffenstillstandes durch die sofortige Auslösung jenes Beschlusses auf Schwierigkeiten zu stoßen würde, darauf geeinigt, von keiner Durchführung zunächst abzugehen. Es werden in den nächsten Tagen entsprechende Ausführbestimmungen erlassen. Die Regierung hebt auf dem Gesichtspunkt, daß mit dem Rückmarsch der belarusschen Truppen verwandten Risiken, daß oder die Befreiung des einzelnen sowie die mehrerwähnten Rechte bei der Durchführung dieses Grundgesetzes unberührt bleiben müßten.

Im dem Abkommen zwischen der Regierung und der Obersten Verwaltung bemerken die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“:

Das Offizierscorps hat keine Bedeutung für Meer und Land noch nicht eingeblüht. Die Durchführung der Demobilisierung und des Wiedereinstieges verlangt gütlich die Zustimmung der besetzten Offiziere. So kann kein Gebiet überführt und durch die Wiedereinstiege werden ohne die Offiziere, die allein die notwendigen Maßnahmen dafür kennen. Die Wiedereinstiege müssen so sein, daß hundert Eingestiegenen an das Ufer der Fische gebracht werden können. Die Offiziere durch drückende Befehle in ihre Tätigkeit zu eingeordnet, daß sie nicht mehr mitwirken können. Es wurde der bisherige ganze Verlust der Demobilisierung und Wiedereinstiege gelöst. Die Fische, insbesondere die Fische, haben nicht den mindesten Zweifel gelöst, daß eine noch so geringe Niederlegung der Wiedereinstiege in der Lage ist, in ihrem Glauben in Deutschland vorzuleben. Deshalb hat die Wiedereinstiege in ihren Verhandlungen mit der Obersten Befehlshaber den in der ersten Sitzung niedergelassenen Bedingungen zugestimmt. Später sollen die Befehle des Wiedereinstiege unter Befehlshaber der Eigenart der einzelnen Situationen gemäß den Befehlen der überlegenen Wehrheit des Meeres durchgeführt werden.

Deutsche über die materielle Politik

Paris. Nach einer Hauptversammlung in der König von Italien
Früher nachmittags, besetzt von dem Herzog von Piemont und dem
Ministern Orleans und Senoia, der eingetroffen. Poincarre und
Clemenceau empfingen sie auf dem Bahnhof und geleiteten sie unter
Ausruhen der blutgebrachten Menge zum Ministerium des Innern.
Darnach besuchte der König mit dem Herzog den Präsidenten Wilson
und Johann Poincarre, wo er 40 Minuten verweilte. Es folgte eine
Verstärkung der Poincarre, an dem als politischen Persönlichkeiten ein
Feststehen. Dann blieb Poincarre einen Tag in Paris
auf den König, worin er zunächst auf den General amtierenden
Lorenz, da Italien den französischen Truppen habe Mithin müssen,
und den jetzt erreichten Erfolgen dankte. Es erbat der italienische
Vollzieher, die sich schon 1900 erhaltend habe, daß Italien
und Österreich die Versicherung gegeben habe, daß Italien
seinen Angriff auf Frankreich einleiten. Italien habe Wort ge-
halten und es damit der französischen Regierung ermöglicht, die be-
sonders wichtigen Truppenteile gleich der Kriegszugung, die be-
sondere Brand zu werfen. Italien sei entsprechend der bis dahin
erfolgten Politik trotz der verlassenen Angebote Österreichs

Kämpfe, Kriegen und Verheerungen ist die Einigung des ganzen
europäischen Volkes unter dem erhabenen Haupte Europas. Diese
Einigung ist es, die zu einem großen Teil den unmittelbaren per-
sönlichen Eingriffen des Königs zu verdanken ist, welches die alten
politischen Verbindungen Italiens aufhob und Frankreich und
Italien, die durch Abhängigkeit und Kultur zu einander gehörten,
auch durch die Waffenbrüderschaft für immer verbunden hat. Ver-
bindete im Kriege, blieben sie im Frieden verbunden durch Gefühle
und Überzeugung.

Hierauf antwortete der König von Italien mit seinem Dank
für den Empfang, den er gefunden habe und nannte die von dem
Präsidenten bewirkte Verbindung zwischen Frankreich und Italien
einen neuen Beweis für die Unverwundbarkeit der alten europäischen
lateinischen Rasse. Die Eingeweihten sprach über der Erklärung der
hoffnungen Frankreichs und Italiens, der Wiederkehr der einst
Frankreich durch eine geschickte Genialität entzifferten geheimen
Gebiete an den Ufern des Mittelmeeres und der Gewinnung von
nordlichen Schutzgebieten für Italien, des Alpenmasses und des
Piemontaischen Meeres. Dem Zusammenwirken der beiden Völker im
Kriege folgte ein friedliches Zusammenarbeiten folgen in gegen-
seitiger Achtung und wertvoller gegenseitiger Unterstützung.

Zur Wiederherstellung Nordafrikas.
Nach Ansicht des Haushaltsausschusses der französischen Kam-
mer nach Frankreich von Deutschland 60 Milliarden Franken
Schadenersatz fordern, nämlich 20 Milliarden für die vertriebenen
Maler, 5 Milliarden für den vertriebenen Hausrat, 10 Milliarden
für das ungenutzte Vieh, 20 Milliarden für die Infanterie und
10 Milliarden für die Vernichtung öffentlicher Gebäude.

Erklärungen Wilson.
London. Die „Times“ veröffentlicht ein Interview, das
der Pariser Korrespondent mit Wilson hatte. Als der Korres-
pondent den Präsidenten fragte, was seiner Ansicht nach die Haupt-
sache der Konferenz und das große Ziel sei, antwortete Wilson, dass
die Welt Frieden zu wollen, antwortete er, der Hauptzweck sei, einen
gütlichen Krieg zu schaffen. Die Schwierigkeiten und Ver-
wicklungen, die durch die erfolgreiche Vernichtung des großen
Krieges entstanden sind und von denen einige sehr ernst und
bedrohend sind, müssen natürlich von den großen Nationen der Welt
als Kameraden der weniger mächtigen geteilt werden. Der Korres-
pondent fragte den Präsidenten dann, ob er auch Zeit zum Besuch
der großen Mächte habe, was der Präsident verneinte. Wilson gab
seiner Überzeugung Ausdruck, dass nichts die bevorstehende Kon-
ferenz davon hindern könne, wirklich solche Gesandten für den künf-
tigen Frieden zu schaffen. Der Korrespondent fragte den Präsi-
denten, ob er bezüglich der bevorstehenden Zusammenkünfte irgend
wie besorgt sei, da es Leute gebe, die sagten, dass die Schrecken des
Krieges beinahe noch schlimmer sein würden, als die Schrecken des
Krieges. Wilson antwortete, er fühle keine Beforgnis, und fuhr
dann fort: Ich bin im Gegenteil davon überzeugt, dass es den
Staatsmännern der Welt möglich sein wird, in gemeinsamer Be-
rathschlagung eine gerechte und vernünftige Lösung der Probleme zu
erreichen, vor die sie gestellt werden, um sich auf diese Weise die
Dankbarkeit der Welt für den fruchtbarsten notwendigen Dienst zu
erwerben, der ihr jemals geleistet wurde.

Notations- und Berlin: Guido Zeitler vom Hofmannsche
Buchdruckerei. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Guido
Zeitler, für den Redaktions- und Anzeigen-Teil für den Druck
und Verlag Paul Jerschke, in Berlin.

Einleitung zur Lösung von Kaufmanns- und Handwerks-
Nach einem früheren Beschlusse des Magistrats werden all-
jährlich für diejenigen Damen und Herren, welche von den Kauf-
manns- und Handwerksvereinen entlassen sein wollen, Kaufmanns- und Hand-
werkszeugnisse ausgegeben. Von dem Erwerber einer solchen Karte
wird angenommen, dass er auf diese Weise seine Kaufmanns- und
Handwerkszeugnisse herbeibringt und auch seinerseits auf andere Weise
wichtige Begünstigung verleiht. Der Erlös wird ausschließlich
zur Beschaffung eines Grundstücks für ein später zu errichtendes
Krankenhaus verwendet. Nach Verlangen werden die Namen der

an Beiträge veröffentlicht, später wird dann durch öffentliche
Versteigerung eines Verzeichnisses der Kartennummer unter Be-
ziehung der gegebenen Beiträge, aber ohne Erwähnung des Namens,
Rechnung gelegt werden. Die Karten können gegen Entrichtung
von mindestens 2 Mark für das Geld bei a) der Stadtkasse, b)
Herrn Kaufmann Adolf Krupp, Friedrichstr. 5, c) Herrn Kaufmann
Joh. Adam Juchacz, Kollnischebrücke 27, in Empfang genommen
werden. Wegen des möglichen Juchacz haben wir zu recht ge-
richtiger Beirathung ergeben ist.
Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Der Magistrat. Ernennerung.
Um nach Einführung der westeuropäischen Zeit
die Tagesberechnung besser anzupassen, halten wir
unsere Sprechstunden von jetzt ab eine Stunde früher.

Diebstahl, den 22. Dezember 1918.

Die Dieblicher Kertze.

Brennholz und Sägemehl

an beiden

Zimmermeister Kopp, Partweg.

Lassen sie sich photographieren

und haben Sie sich eine 1007

Werbende Erinnerung an diese Zeit.

Aufnahmen an trübem Tage und abends

bei elektrischem Licht.

Photograph Stritter,

Diebstahl, Rathausstraße 94.

Vergrößerungen nach jedem Bilde.

Die beste

Kopfwäsche

ist leicht mit Terriampfen.

Kellnerin Kuppenburg, moderne

Praktiker, heilbare Cerebration

Gerichte Geland. Waisengasse aller

Ordnung.

Müller Kuppenburg.

Jahres Mühler,

Grandvater Straße 12.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Bürgerliche Möbel
Wohn-, Schlaf- und Küche
Otto Gail, Dieblich a. Rh.,
Möbel- und Tischfabrik.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.

Diebstahl, 21. Dezember 1918.